

Resstadt:
Dresden,
Markt, Nr. 2,
in der Ver-
lags-Expedi-
tion zu haben.

Sächsische Dorfzeitung.

Preis:
vierteljährlich
12½ Rgr. Zu
beziehen durch
alle Post-An-
stalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur: Friedrich Walther. — Verlag von Heinrich und Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. Nachdem durch die in Berlin aufgeführte große Staatskomödie die Hoffnungen Derer, welche auf die Ergebnisse des sogenannten Erfurter Reichstags bauten, so bedeutend herabgestimmt worden sind, wendet sich die Aufmerksamkeit der politischen Welt in erhöhtem Maße dem neuen Kindlein zu, welches unter dem Schutze der vier Könige nächstens das Licht der Welt erblicken soll. Seine Wiege steht an der Isar, und Herr von der Pfordten, der sich in so kurzer Zeit den Ruhm eines kleinen Metternich zu erringen wußte, soll nicht wenig Theil an der Waterschaft des jungen Sproßlings deutscher Cabinetpolitik haben. Die Grundzüge dieser neuen Reichsverfassung, wie sie die Zeitungen geben, laufen auf eine Directorialverfassung hinaus; über die Zusammensetzung des Staatenhauses scheint man noch nicht einig, dagegen soll ein durch die Kammern der einzelnen Bundesländer gewähltes sogenanntes Volkshaus hergestellt werden. Oesterreich will mit seinem gesammten Staatencomplex, nur Italien ausgenommen, dem Bunde beitreten, und gleichzeitig wird eine Verständigung mit Preußen über den Abschluß dieses Projectes angebahnt. So viel wollen die Zeitungen hinter den Coulissen der diplomatischen Verhandlungen erlautet haben. Was hieran Wahres ist, werden wir vielleicht in den nächsten Tagen erfahren; denn dem sächsischen Staatsminister des Auswärtigen, Herrn v. Beust, sind am 5. Febr. in der zweiten Kammer drei hierauf bezügliche Fragen vorgelegt worden. (Siehe S. 47). Hoffen wir, daß die Antwort etwas genügender ausfallen werde, als die Beantwortung der Frage über das an der sächsisch-böhmischen Grenze aufgestellte österreichische Armeecorps, dessen Anmarsch der Herr Minister erst durch die Zeitungen erfahren haben wollte. Daß Herr v. Beust kein großer Freund davon ist, aus der diplomatischen Schule zu plaudern, ist übrigens aus den, den Kammern vorgelegten Actenstücken über das Dreikönigsbündniß zur Genüge zu ersehen; denn dort spricht er sich gegen den in neuerer Zeit beliebten Modus, die diplomatischen Verhandlungen der Defensivität und somit der „theils übelwollenden, theils unvernünftigen Kritik“ preiszugeben, sehr entschieden aus. Freilich hat sich der Herr Minister später selbst genöthigt gesehen, den Kampfplatz der Presse zu betreten, um seine Politik zu verfechten. Doch wir werden ja hören; nur Geduld!

In Frankfurt a. M. arbeitet die interimistische Bundescommission still, aber emsig fort; von den Resultaten ihrer Thätigkeit verlautet indes wenig, wahrscheinlich will man mit deren Verkündung bis zum nächsten Monate warten, um das deutsche Volk mit neuen — Märzerrungenschaften zu beglücken. Die zeitlich bei der Centralgewalt thätigen Beamten und Militärs sind nun meist in Gnaden entlassen. Auch die bis jetzt dort fungirenden sächsischen Offiziere, Major v. Spiegel und Oberstleutnant v. Brandenstein, kehren in ihre Heimath zurück. Oesterreich und Preußen werden das Geschäft allein fortführen. — In Baden soll, wie die ministerielle Neue Münchener Zeitung wissen will, nicht bloß wegen Einverleibung des badischen Heeres in preussische Re-

gimenter, sondern wegen völliger Uebergabe des Großherzogthums an Preußen unterhandelt werden. Nun, an Gelegenheit fehlt's dem schwer heimgesuchten Lande nicht, sich im Voraus an die preussische Herrschaft zu gewöhnen. So schnell wird's indessen damit wohl nicht gehen, wenn es überhaupt wahr ist; denn die ministeriellen Zeitungen lügen öfters noch mehr, als ihre uneingeweihten Schwestern. — In Baiern ist in der zweiten Kammer ein Antrag auf Gewährung einer ausgedehnteren Amnestie gestellt worden, da, wie schon früher erwähnt wurde, das am Schlusse v. J. erlassene Gesetz nur äußerst Wenigen zu Gute kommt. — Auch dort kam in diesen Tagen die für die Steuerpflichtigen so drückende Vermehrung der Armee zur Sprache; der Staatsminister v. d. Pfordten rechtfertigte diese Maßregel natürlich mit der einfachen Hinweisung auf die Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung. Es ist wahrhaft possirlich, wenn Regierungen, die keinen einzigen andern Beschluß der Nationalversammlung erfüllt haben, gerade in diesem Punkte, der ihnen eben convenirte, so erstaunlich gewissenhaft sich gebreiden. Diese kostspielige Errungenschaft wird man dem Volke trotz ihres Frankfurter Ursprungs gewißlich lassen. — Die Art und Weise, wie sich neulich der Minister v. d. Pfordten bei Berathung über das neue Vereinsgesetz in der Abgeordneten-Kammer über die Pläne und Absichten der Regierung, falls die Kammern nicht wollen, wie sie will, ausgesprochen, hat große Beunrubigung in ganz Baiern hervorgerufen. Man versteht sich von diesem Manne, der so unverholen mit der Rückkehr zum Alten droht, nicht viel Gutes.

Preußen. Die preussische Verfassung ist nun, nachdem die Regierung in der Hauptsache ihre Forderungen durch die Nachgiebigkeit der beiden Kammern erfüllt sieht, unterm 31. Januar als Staatsgrundgesetz verkündet worden. Die Beschwörung des Verfassungswerts durch den König soll Mittwoch, den 6. Febr., im Rittersaale des königlichen Residenzschlosses zu Berlin stattfinden. Gleichzeitig werden auch die Minister und die Kammermitglieder das eidliche Gelöbniß auf die Verfassung ablegen. Welche Zukunft dieser sogenannten Constitution bevorsteht, ist unter Anderem aus den bei den Kammerverhandlungen gemachten Aeußerungen zu entnehmen, welche die Führer derjenigen Partei gethan, der man am meisten Einfluß bei Hofe zuschreibt. Als man nämlich dort die Eidesleistung zur Sprache brachte, äußerten sich die Herren Stahl und Gerlach ungefähr dahin: „Sie würden nicht der Verfassung als solcher schwören, sondern nur den positiven gesetzlichen Bestimmungen, welche sie enthalte, nicht dem Geiste, sondern dem Buchstaben.“ Die erste Kammer erhob sich mit Abscheu gegen diese jesuitische Auslegung des Eides, und die Herren hätten sich schämen müssen, wenn sie dies überhaupt nicht längst verlernt hätten. Diese Andeutungen, sowie die ganze Stimmung, wie sie sich in der preussischen Hofsocietät seit Jahren gegen den Constitutionalismus offenbart hat, zeigen zur Genüge, daß in Preußen trotz der Verfassung von einer Festhaltung oder weiteren Ausbildung der constitutionellen Staatsform keine Rede sein kann. Man wird mit dieser Verfassung nach wie vor absolut regieren; daß man dies bequem thun kann, dafür haben die Kammern gesorgt, welche zur Ver-